

Die Mängel in der Lebensmittelzufuhr. Tröstliche Zusicherungen der Produzenten.

Am 8. d. fand in Prag eine Sitzung des kriegswirtschaftlichen Beirates der deutschen Sektion des Landeskulturrates für Böhmen statt, welcher die Festsetzung der Höchstpreise samt Zuschlägen für Kartoffeln, die Versorgung der Städte und Verbrauchsgebiete mit Kartoffeln, die Versorgung unserer Landwirtschaft mit dem notwendigen Futtermitteln und ähnliche Gegenstände beraten wurde. Bezüglich der Klage über die Lebensmittelpreise äußerten sich alle Redner dahin, daß die Landwirte durchaus nicht die Absicht haben, die Preise ihrer Erzeugnisse über das Maß den Herstellungskosten einschließlich eines bürgerlichen Gewinnes hinaufzutreiben und daß, wenn derzeit bei einzelnen landwirtschaftlichen Produkten über dieses Maß hinausgehende Preise bestehen, die Schuld nicht den Landwirten, sondern anderen Faktoren zuzuschreiben sei. Die Beschuldigungen gegen die Landwirte seien völlig ungerechtfertigt. Die Landwirte haben trotz Entblößung der Bauernhöfe von wirtschaftlichen Leitern und männlichen Arbeitskräften und trotz der ungünstigen Witterungs- und Ernteverhältnisse vollkommen hinreichende Mengen von Brotgetreide und Kartoffeln erzeugt und die landwirtschaftlichen Erzeugnisse von 1915 reichen hin, die Volksernährung auch im laufenden Konsumjahre vollkommen zu sichern. — Wenn trotzdem jetzt vorübergehend die Nahrungsmittel in den Städten nicht vollkommen

hinreichen, so liege die Ursache in der Unzweckmäßigkeit und langsamen Funktion der zur Verteilung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in den Städten errichteten zentralen Organisationen. Der Beweis hierfür werde dadurch erbracht werden, daß die Bevölkerung, was zu ihrer Beruhigung mitgeteilt sei, binnen wenigen Wochen mit Sicherheit hinreichend Brotgetreide und Kartoffeln zur Verfügung haben werde. Endlich wurde festgestellt, daß die Landwirte die Höchstpreise weder für Getreide noch für Kartoffeln oder andere landwirtschaftliche Erzeugnisse bestimmt haben, ja, daß sie bei der Festsetzung dieser Preise durch die Regierung überhaupt nicht zu Rate gezogen worden sind, wie dies kürzlich der Landesauschußbeisitzer Johann Mayer in der handelspolitischen Kommission in Wien am 8. Oktober ausdrücklich hervorgehoben hat. Es wurden im Gegenteil in einzelnen Bezirkshauptmannschaften Höchstpreise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse festgesetzt, welche hinter den Herstellungskosten zurückbleiben, so daß die Lieferung solcher Produkte dann unterbleibt und mit einer derartigen zu niedrigen Festsetzung der Höchstpreise auch der städtischen Bevölkerung nicht gedient ist.